Wohnen und Gewerbe: Bündnis 90/Die Grünen scheitern mit ihren Anträgen, Entwicklungsflächen zu streichen

Umgehungsstraße sorgt für Unruhe

Von Monika Schönfeld

SCHLOß HOLTE-STUKENBROCK (WB). Die in den Entwurf des Regionalplans eingezeichnete Trasse der L758n als Nordumgehung Stukenbrock sorgt für Unruhe. Auch der Stadtentwicklungsausschuss konnte die nicht beseitigen.

Die Trasse führt von Augustdorf durch die Stapelager Senne, das Augustdorfer Dünenfeld, das Bokelfenn und durch Teile Oerlinghausens bis hin zur Kreuzkrug-Kreuzung – durch viel Naturschutzgebiet. Die Straße will politisch offenbar niemand mehr. So überraschend sie im Entwurf des Regionalplans aufgetaucht sein mag, so schwierig wird es, sie wieder zu streichen.

In den Plan gerutscht ist die Trasse, so sagte Planer Dirk Tischmann im Stadtentwicklungsausschuss, weil sie in der Straßenplanung enthalten war (aus einem Beschluss aus dem Jahr 2006). Werner Thorwesten, Leiter des Fachbereichs Wirtschaft und Stadtentwicklung, hatte bei der Bezirksregierung nachgefragt, die ihn aber auf die Zeit nach der Landtagswahl vertröstet habe (Mai 2022). „Kann man die Tasse nicht vorab herausholen, um diese Straße endgültig zu Geschichte zu machen?“ Auf die Frage von Stefan Burckardt (CDU) sagte Bürgermeister Hubert Erichlandwehr, dass er bereits mit dem Landtagspräsidenten André Kuper gesprochen habe. Der wolle im Verkehrsministerium nachfragen. „Offenbar gibt es mehrere Karteileichen. Wir müssen aber den Antrag gemeinsam mit Augustdorf und Oerlinghausen stellen, die weit mehr als wir betroffen sind.“ Thorsten Baumgart (FDP) regte an, dass auch der Kreis Gütersloh die Ablehnung der Trasse in seine Stellungnahme aufnehmen soll.

Nicht parzellenscharf

Dirk Tischmann machte deutlich, dass der Plan absichtlich nicht parzellenscharf sei. Regionalratsvorsitzender Heinz-Günter Koßmann habe den Wunsch der Kommunen aufgenommen, um den Kommunen mehr Flexibilität bei der Flächenausweisung einzuräumen. Der Flächenverbrauch sei aber klar durch die textlichen Festlegungen definiert. Die Fläche ist begrenzt, die Kommunen für ihre Wohnbau- oder Wirtschaftszwecke in Anspruch nehmen dürfen. Flächenkontingente für Wirtschafts- und Wohnbauflächen seien in der Anlage des Regionalplanentwurfs in Listen auf den Hektar genau festgelegt und dürften nur ausnahmsweise überschritten werden.

Nutzungsansprüche

Der Regionalrat hatte am 5. Oktober 2020 den Erarbeitungsbeschluss zur Neuaufstellung des Regionalplans OWL gefasst. Der Schwerpunkt liegt auf der Abstimmung unterschiedlicher Anforderungen an den Raum und dem Ausgleich unterschiedlicher Nutzungsansprüche. Soziale und wirtschaftliche Ansprüche sollen mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden – gerade auch vor dem Hintergrund von Klima- und Umweltschutz. Die Leitvorstellung ist im Rahmen einer flächensparenden Planung, eine dauerhafte, großräumig ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen zu schaffen.

Wohnen und Gewerbe

Für Schloß Holte-Stukenbrock sind 100 Hektar Allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen, tatsächlich genutzt werden dürfen aber nur 24 Hektar bis 2040. Die Unterschiede ergeben sich daraus, dass der Stadt der Freiraum eingeräumt wird, auf Gelände zuzugreifen, wenn es bei einem anderen nicht möglich ist. Das gleiche gilt für 65 Hektar Gewerbe- und Industriefläche, wovon allein auf den Kreuzkrug 50 entfallen.

Grüne scheitern

Bündnis 90/Die Grünen hatten bereits im Vorfeld angekündigt, eine ganze Reihe von Flächen aus dem Regionalplan streichen zu wollen. Das betrifft Flächen am Kreuzkrug, im Haberland, an der Spellerstraße, an der Flugplatzstraße und die beiden eingezeichneten möglichen Sandabgrabungen am Mittweg. Alle diese Anträge fanden außer den drei Grünen im Ausschuss keine Befürworter. Es bleibt also bei der von der Stadtverwaltung vorgelegten Stellungnahme zum Regionalplan. Die Grünen stimmten dagegen, die CSB hat sich enthalten.

Korsett zu eng?

CDU-Fraktionsvorsitzender Lars Pankoke erklärte, das Korsett von 24 Hektar Wohnbaufläche, die der Regionalplan der Stadt zugestehe, sei zu eng, weil die Bevölkerung laut Demografiebericht des Kreises wachse. „Verl und Harsewinkel wird mehr zugesprochen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.“ Auch Martin Kalkreuter (SPD) hält die Fläche für zu klein. „Wenig Wohnbaufläche verteuert den Wohnraum.“ Thorsten Baumgart (FDP) verweist auf das Wachstum der Stadt in den vergangenen fünf bis zehn Jahren. „Mehr Fläche halte ich für angemessen.“

Udo Richter (Grüne) liest die Zahlen ganz anders. „Die Zahl der Alten wächst, nicht die der Familien. Wir wollen ein bezahlbares Zuhause schaffen und die Infrastruktur dafür anbieten.“

■ Der Entwurf des Regionalplans wird noch einmal im Umwelt-, Klima- und Infrastrukturausschuss am Montag, 15. März, ab 18 Uhr öffentlich im Rathaus (Ratssaal) beraten, abschließend dann am 23. März.

Kommentar

Niemand hat die Absicht, eine Straße zu bauen. Das wird in Sachen L758n versichert. Also raus damit aus dem Plan!
2006 wollte die CDU die „kostenlose“ Möglichkeit der Verkehrsentlastung Stukenbrocks beim Schopfe packen und bekam Unterstützung von CSB-FWG und FDP, während SPD und Grüne sie kategorisch abgelehnten. Die Zeiten ändern sich, heute will keine Partei diese Straße. Aber sie steht nun mal im Plan. Und solange sie dort umhermäandert, hat die Bürgerinitiative „Nordumgehung Stukenbrock – Bitte nicht!“ mit ihrer Online-Unterschriftensammlung ihre Berechtigung. Das muss niemand als Aktivismus abwerten. Auch wenn es nur ein Strich auf einer Karte ist, wer weiß, wann der wieder unverhofft auftaucht.

Monika Schönfeld

Regionalplan OWL

Für den Planungsraum Ostwestfalen-Lippe.

Die Bezirksregierung hat den Entwurf des Regionalplans vorgelegt, der Perspektiven bis zum Jahr 2040 bietet. Strittig ist, wie viel Fläche für Wohnen und Gewerbe der Stadt zusteht, ob sie weiter wächst oder nicht. Die Stellungnahme Schloß Holte-Stukenbrocks wird in den Ausschüssen diskutiert.

Beteiligung der Bürger bis Ende des Monats

Noch bis zum 31. März haben Bürger, Kommunen, Unternehmen und Verbände die Möglichkeit, bei der Bezirksregierung Detmold Stellungnahmen zum Entwurf des neuen Regionalplans abzugeben. Zum Ende des Monats ist das fünfmonatige Beteiligungsverfahren abgeschlossen.
Regionalratsvorsitzender Heinz-Günter Koßmann: „Es sind schon zahlreiche Stellungnahmen zum Regionalplanentwurf eingegangen. Die Region ist dabei, sich intensiv mit dem Planwerk zu befassen.“
Den Planentwurf nebst Begründung und Umweltbericht mit den dazugehörigen Karten, eine Broschüre mit Antworten auf häufig gestellte Fragen und weitere Informationen gibt es auf der Internetseite der Bezirksregierung Detmold unter dem Menü „Regionalplan OWL – Entwurf 2020“. Dort findet sich außerdem der Link zum Portal „Beteiligung Online“. Hier können Stellungnahmen abgegeben werden. Alternativ zu „Beteiligung-Online“ können Stellungnahmen per E-Mail an beteiligung-regionalplanowl@bezreg-detmold.nrw.de, per Fax an die Nummer 05231/71823299 und per Brief an die Bezirksregierung Detmold, Leopoldstraße 15, in 32756 Detmold abgegeben werden.